



**Vorstellung der ersten Haushaltsanpassung 2016 durch den  
Ministerpräsidenten in der PDG-Plenarsitzung am 25.4.2016**

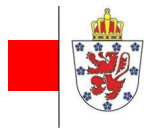
- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn dieser Legislaturperiode hatte ich versprochen,  
dass wir trotz schwierigster Rahmenbedingungen alles tun würden,  
um sozial unverträgliche Sparmaßnahmen zu vermeiden.

Trotz Konjunkturflaute,  
trotz historisch niedriger Inflationsraten,  
trotz Negativdotationen in neuen Zuständigkeiten,  
trotz zusätzlicher Beiträge zur Sanierung der belgischen Staatsfinanzen  
und millionenschwerer Beiträge zur innerbelgischen Solidarität,  
die man uns mittlerweile abverlangt,  
haben wir uns von Anfang an bemüht,  
soziale Kahlschläge zu vermeiden.



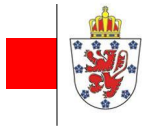
Alle anderen Gliedstaaten in Belgien haben mitunter empfindliche Einschnitte vorgenommen z.B. im Unterrichtswesen, in der Arbeitsmarktpolitik und im sozialen Bereich.

Wir haben das nicht getan, weil wir glauben, dass solche Einschnitte den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährden und die Zukunftsperspektiven der Menschen beeinträchtigen würden.

Deshalb, so habe ich das im November 2014 ausgedrückt, haben wir uns von Beginn an für einen eigenen, ostbelgischen finanzpolitischen Weg entschieden.

Einerseits den Haushalt noch in dieser Legislaturperiode dauerhaft ins Gleichgewicht bringen

Und andererseits sowohl auf empfindliche Sparmaßnahmen verzichten als auch zusätzliche Mittel in die Umsetzung prioritärer Zukunftsprojekte investieren.

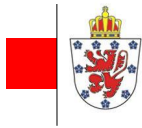


Das war von Anfang an eine schwierige Gradwanderung.

Um dieses doppelte Ziel zu erreichen haben wir vor 1,5 Jahren eine ganz eigene finanzpolitische Strategie entwickelt.

Sie besteht aus 7 Bausteinen:

1. Mit dem Föderalstaat eine Erhöhung unserer Einnahmen  
– eine Refinanzierung der DG aushandeln,  
um die Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten zu beenden;
2. Alle alternativen Finanzierungen vorzeitig zurückzahlen,  
um Zinsen zu sparen und kommende Haushalte zu entlasten;
3. Massiv Investitionen vorziehen,  
um trotz SEC-2010 einen Investitionsstau zu vermeiden  
und wichtige Zukunftsinfrastrukturen zu sanieren;
4. Alle Wartelisten für die Auszahlung von Zuschüssen abbauen und  
stattdessen,  
überall wo das möglich ist,  
Vorschüsse auf Zuschüsse auszahlen,  
... was zwangsläufig zu erhöhten Defiziten zu Beginn der



## Legislaturperiode

danach aber zu einer deutlichen Entlastung führt.

5. Einnahmen vorsichtig einschätzen,  
um keine negativen Überraschungen zu erleben.
6. Ein intelligentes Cash- und Schuldmanagement anwenden,  
um einerseits von niedrigen Zinsen zu profitieren  
und andererseits Zinsrisiken zu vermeiden.
7. In allen Zuständigkeiten eine strenge Haushaltsdisziplin anwenden.

Wir frieren fakultative Ausgaben ein,  
vermeiden Mehrausgaben und konzentrieren uns bei  
Ausgabenerhöhungen auf unsere sachpolitischen Prioritäten,  
wie sie im REK und im LAP festgehalten wurden.

Was haben wir in den letzten anderthalb Jahren erreicht?

Was konnten wir davon umsetzen?

Nun,

1. Die überaus schwierigen Verhandlungen mit dem Föderalstaat konnten  
erfolgreich abgeschlossen werden.

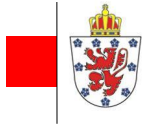
Der Föderalstaat hat eine Refinanzierung der DG beschlossen.



Unsere Einnahmen wurden um 7 Millionen EUR pro Jahr erhöht  
– ohne zeitliche Begrenzung.

Mittlerweile ist durch eine neue Interpretation des sogenannten  
Übergangsmechanismus sogar noch eine weitere Million  
hinzugekommen,  
die allerdings sehr wohl zeitlich begrenzt ist.

2. Mittlerweile wurden alle alternativen Finanzierungen in einer  
Gesamthöhe von ca. 55 Millionen EUR integral zurückbezahlt  
bzw. in klassische Zuschüsse umgewandelt.
3. Wir haben für mehrere Millionen EUR Investitionen vorgezogen.  
Der Registrierungskatalog – der angemeldete Bedarf an  
Infrastrukturzuschüssen – konnte auf ein historisches Minimum  
zurückgefahren werden.
4. Alle Wartelisten wurden abgebaut.  
Die Zahlungsmoral der DG ist vorbildlich.  
Niemand muss auf die Auszahlung von Zuschüssen der DG warten.  
Das ist, wie Sie wissen, nicht überall im öffentlichen Dienst unseres  
Landes so.



Wir haben sogar damit begonnen, für größere Infrastrukturvorhaben bis zu 90 % der Zuschüsse vorzustrecken.

Das gibt es sonst nirgendwo in Belgien.

Davon profitieren insbesondere unsere Gemeinden, deren Liquidität dadurch verbessert wird.

5. Der Rechnungshof hat bereits mehrfach das Schuldenmanagement der DG gelobt.

Wir finanzieren langfristige Investitionen über kurzfristige Kredite, insbesondere über Liquiditätsscheine.

Für Liquiditätsscheine zahlen wir im Moment 0,01 % Zinsen.

Gleichzeitig haben wir uns bestmöglich gegen einen Anstieg der Zinsen versichert.

Wir sind jederzeit in der Lage eine Umschuldung vorzunehmen.

Nur zur Erinnerung an all jene,

die sich mit dem Schuldenstand der DG befassen.

Die DG hat zurzeit Schulden in Höhe von 300 Millionen EUR (PPP und Kassenkredit inklusive).

Dem stehen Investitionen in Infrastrukturen von 500 Millionen gegenüber.



Wir haben also immerhin 40 % unserer Investitionen ohne Kredit oder PPP getätigt.

Das ist ein sehr vernünftiger Wert.

In unserer Bilanz gibt es keinerlei Schneeballeffekte.

Von einer Überschuldung kann keine Rede sein.

6. Die Haushaltsdisziplin greift.

2014 konnten wir etwa 4 Millionen EUR in den laufenden Ausgaben einsparen.

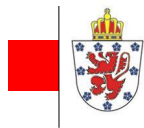
Wir haben 2014 um 10 Millionen EUR besser abgeschnitten als ursprünglich geplant.

Und 2015 haben wir erneut etwa 4 Millionen EUR eingespart.

7. Mit unserer vorsichtigen Einschätzung der Wirtschaftsparameter haben wir bislang immer richtig gelegen.

Das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ist uns innerhalb von anderthalb Jahren gelungen.

Dabei war uns von Anfang klar,  
dass 2016 ein besonderer Jahrgang von weichenstellender Bedeutung sein würde.



Ich habe es bereits bei der Vorstellung des Ursprungshaushalts 2016 vor einem halben Jahr gesagt:

Zum ersten Mal mussten wir ausnahmslos alle Auswirkungen der 6. Staatsreform berücksichtigen.

Die entsprechenden Finanzierungsformeln sind sehr komplex.

Und für deren Umrechnung in EURO hängen wir von Angaben des Föderalstaates ab,

die oftmals erst sehr spät eintreffen

und manchmal sogar Widersprüche enthalten.

Zum ersten Mal galt es zudem,

die Auswirkungen der erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen mit der WR zur Übertragung der Beschäftigungspolitik zu berücksichtigen.

Alleine durch die Übernahme neuer Zuständigkeiten

ist das Haushaltsvolumen der DG um 50% gestiegen.

Zum ersten Mal mussten wir auch den zusätzlichen Beitrag zur Sanierung der belgischen Staatsfinanzen,

der von uns verlangt wird,

in Höhe von 4,3 Millionen EUR in voller Höhe aufbringen.





Dieser zusätzliche Beitrag wurde übrigens in der Zwischenzeit auf ca. 5,3 Millionen EUR pro Jahr erhöht.

Das sind riesengroße Herausforderungen.

Sie können sich sicherlich vorstellen, dass wir aus all diesen Gründen der diesjährigen Haushaltskontrolle eine besonders große Bedeutung beigemessen haben.

Die Regierung hat diese Haushaltskontrolle am 24.04. abgeschlossen.

Und wir dürfen zufrieden feststellen:

Sie bestätigt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind

Wie Sie wissen, haben wir den Anspruch, maximale Transparenz zu gewährleisten.

Das gilt nicht nur für die Kosten der Regierung, sondern für den gesamten Haushalt der DG.

Deshalb haben wir Ihnen bereits vor dieser Debatte alle Dokument zukommen lassen und ein völlig neues Kontrollinstrument hinzugefügt:



eine Flexibilitätsanalyse, die es Ihnen erlaubt zu überprüfen,  
wie sich mögliche Veränderungen der Wirtschaftsparemeter  
auf unseren Haushalt auswirken könnten.

Wie Sie feststellen können,

schließt das Jahr 2015 erneut um 4 Millionen EUR besser ab als geplant,

obwohl wir unsere Möglichkeit, Vorschüsse auf Zuschüsse auszuzahlen,

fast vollends ausgeschöpft haben

und obwohl wir eine zusätzliche, einmalige Buchung in Höhe von 2,9 Millionen

EUR

für die Auszahlung von Kinderzulagen vorgenommen haben.

Das Haushaltergebnis 2016 verbessert sich ebenfalls um ca. 500.000 EUR.

So weit, so gut,

ich will Ihnen aber nicht verheimlichen,

dass die Haushaltskontrolle sehr viel schwieriger war

...als es das Resultat vermuten lässt.

Und zwar aus 2 Gründen:



Wir hatten bekanntlich von Anfang an das Wirtschaftswachstum vorsichtiger eingeschätzt als der Föderalstaat.

Wir waren für 2016 von 1,2% ausgegangen, während alle anderen in Belgien für die Berechnung ihrer Einnahmen ein Wachstum von 1,3 % vorausgesetzt hatten.

Offiziell geht man in Brüssel übrigens immer noch von 1,3% aus.

Wir halten diese Prognose aber für sehr optimistisch.

Wir befürchten vielmehr, dass die Terroranschläge in Brüssel zu einer weiteren Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land führen.

Deshalb korrigieren für das Jahr 2016 unsere eigene Wachstumsprognose noch einmal nach unten: von 1,2 % auf 1,0%.

Darüber hinaus befürchten wir, dass sich die Wachstumsparameter auch in den kommenden Jahren verschlechtern werden.



Ursprünglich waren wir für die Jahre 2017, 2018 und 2019 von einem Wachstum in Höhe von 1,5% ausgegangen.

Das ist zwar weniger als offiziell vorhergesagt wird.

Dennoch haben wir beschlossen,

auch diese mittelfristige Prognose nach unten zu korrigieren.

Und zwar deutlich von 1,5% auf 1,1% in 17, 18 und 19.

So vorsichtig ist zurzeit kein Gliedstaat in Belgien

– übrigens auch kein Wirtschaftsinstitut.

Aber bekanntlich gilt hier in Ostbelgien :

Vorsicht ist die Mutter aller Porzellankisten.

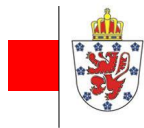
Sollte sich die Lage aus unserer Sicht verbessern,  
werden wir das bei zukünftigen Haushalten natürlich berücksichtigen.

In der Zwischenzeit bleiben wir aber bei unserer pessimistischen Einschätzung.

Zweitens:

Noch vor 6 Monaten hatte das föderale Planbüro geglaubt,

der Schwellenindex werde erst im Februar 2017 überschritten.



Mittlerweile geht das Planbüro davon aus,

dass der Schwellenindex schon im Mai 2016 überschritten wird.

Die Gehälter werden also sehr viel früher um 2% erhöht als ursprünglich vorgesehen.

Das führt für die DG zu jährlichen Mehrkosten in Höhe von 1 Million EUR alleine im Gehaltsbereich.

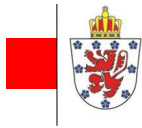
Infolge dieser vorgezogenen Indexierung haben wir zudem entschieden, die Mittel für Einrichtungen,

mit denen wir Geschäftsführungsverträge oder Jahreskonventionen abgeschlossen haben,

in 2017 nicht wie ursprünglich vorgesehen um 1,25% sondern um 2,25% zu erhöhen.

Ob das auch für unsere paragemeinschaftlichen Einrichtungen gelten muss, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.

Deren Haushalte werden ja ohnehin mit unserem eigenen Haushalt konsolidiert.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie den Zahlen entnehmen können,

ist unser Haushalt trotz dieser schwierigen Voraussetzungen weiterhin im Lot.

Darüber hinaus haben wir in dieser Haushaltsanpassung

zusätzliche Mittel für wichtige Projekte vorgesehen,

sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch im Infrastrukturbereich.

Zunächst zu den laufenden Ausgaben.

Wir hatten bereits im Ursprungshaushalt den Bildungsbereich deutlich aufgewertet.

Wir hatten den laufenden Bildungshaushalt um 3 Millionen EUR erhöht,

bspw. um die Auswirkungen der föderalen Rentenreform abzufedern,

zusätzliche Kindergärtner im Verhältnis zur Schülerzahl einzustellen,

zusätzliche Förderpädagogen zur Verfügung zu stellen

und nicht zuletzt um die Kostenbeteiligung der Eltern am Schulbesuch ihrer

Kinder zu reduzieren.



Mit dieser Haushaltanpassung erhöhen wir den Bildungshaushalt ein weiteres Mal,

einerseits natürlich um die Gehälter früher als ursprünglich geplant um 2% indexieren zu können;

andererseits aber zum Beispiel auch um das Angebot „Kultur macht Schule“ erneut zu erweitern,

Immersionsprojekte auszubauen,

zusätzliche Mittel in das Projekt DG-Online zu investieren,

neues Informatikmaterial für Schulen und Kaleido anzukaufen

und neue Therapieräume einrichten zu können.

Für den Sozialbereich hatten wir ebenfalls bereits im Ursprungshaushalt zusätzliche Mittel vorgesehen

z.B. für Seniorenbeauftragte,

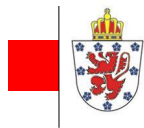
für Projekte im Bereich der Inklusion, für die Kinderbetreuung,

für den Ausbau der außerschulischen Betreuung,

für zusätzliche Sprachkurse,

für die Unterbringung von Kindern mit besonderem Pflegebedarf

und ganz besonders für die sozialen Treffpunkte.



Das waren bemerkenswerte Zusatzausgaben.

Und mit dieser Haushaltanpassung werden wir zum Beispiel die Zuwendungen an Info Integration noch einmal erhöhen.

Insgesamt sehen wir für die Herausforderungen, die sich in all unseren Zuständigkeitsbereichen aus der verstärkten Zuwanderung – aus der sogenannten Flüchtlingskrise - ergeben, im Jahre 2016 zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 EUR vor.

Darin enthalten sind natürlich auch die Erhöhungen, die wir bereits in den Ursprungshaushalt eingetragen hatten.

Für das Jahr 2017 planen wir diesen Beitrag auf ca. 1 Million EUR zu erhöhen.

Sie sehen,

wir stehen in diesem sensiblen und wichtigen Bereich auch finanzpolitisch zu unserer Verantwortung.

Nachdem wir den Kulturhaushalt ebenfalls schon erhöht hatten, u.a. um den Geschäftsführungsvertrag mit dem Alten Schlachthof zu finanzieren und das Figurentheater in die strukturelle Förderung professioneller Kulturträger aufzunehmen;





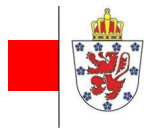
fügen wir jetzt noch einmal zusätzliche Ausgaben hinzu,  
zum Beispiel für die Weiterentwicklung des Kulturerbearchivs zur digitalen  
Quellensicherung in der DG.

Wir wollen diese Datenbank jetzt öffnen für das Zentrum für  
Regionalgeschichte,  
dessen Finanzrahmen ebenfalls erhöht wird,  
für das Staatsarchiv,  
für die Geschichtsvereine und für die Museen.

Im Tourismus werden zusätzliche Mittel investiert u.a. in das  
Wanderknotensystem.

Im Sportbereich werden zusätzliche Mittel bereitgestellt  
für das Projekt „fittes Schulle“, die Sportentwicklungsstudie  
und den Verband deutschsprachiger Turnvereine.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Entwicklung der laufenden Ausgaben  
ist natürlich



das neue Sektorenabkommen für den öffentlichen Dienst,  
das wir vor wenigen Tagen mit den Sozialpartnern unterzeichnet haben.

Wir werden die Baremen im Unterrichtswesen  
und im gesamten von der DG abhängigen öffentlichen Dienst nicht,  
wie ursprünglich geplant im Jahre 2018,  
sondern ein Jahr früher,  
also im Januar 2017 um 1% erhöhen.

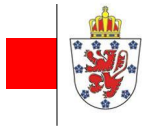
Ich erinnere mich gut daran,  
dass der eine oder andere Zweifel daran angemeldet hatte,  
ob wir überhaupt jemals in der Lage sein würden,  
die im Zuge des Krisendekrets vorgenommene Kürzung der Baremen,  
zurückzunehmen.

Heute wissen wir:

Wir werden diese Kürzung zurücknehmen und zwar früher als versprochen.

Wir erhöhen die Baremen zunächst um 1% in 2017

und dann um weiteres Prozent in 2019.



Auch dieses Versprechen werden wir also einhalten.

Hinzukommen natürlich die indexbedingten Erhöhungen,  
von denen ich eben gesprochen habe.

Dieses Sektorenabkommen,  
auf das wir uns mit den Gewerkschaften einigen konnten,  
enthält darüber hinaus einige ganz wesentliche Verbesserungen,  
besonders für das Unterrichtswesen.

Das werden Sie sicherlich im zuständigen Ausschuss besprechen.

Ich gehe darauf an dieser Stelle nicht näher ein.

Kommen wir zu den Anpassungen im Infrastrukturbereich. Die sind beachtlich.

Wir haben den Infrastrukturplan 2016 um ca. 19 Millionen EUR  
auf 32 Millionen EUR erhöht.

Wir tun das auf der Grundlage unserer finanzpolitischen Strategie,  
die ich eben nicht ohne Grund noch mal in Erinnerung gerufen habe.



Wir ziehen notwendige Investitionen in Millionenhöhe vor,  
um kommende Haushalte zu entlasten  
und den SEC2010-Vorgaben gerecht zu werden.

Von diesen zusätzlichen 19 Millionen EUR investieren wir  
alleine 13 Millionen in das Hauptgebäude des St Nikolaus Hospitals in Eupen.

Darüber hinaus haben wir u.a. folgende Projekte neu in den Infrastrukturplan  
aufgenommen:

Zu 60 % bezuschussen wollen wir u.a. :

Projekte der KF Aldringen, der KF Amel, der KF Born, der KF Emmels,  
der KF Recht, der KF Reuland, der KF Schönberg, der KF Lontzen,  
der KF St Nikolaus Eupen,  
des ÖSHZ Eupen und die Renovierung des Rathauses in Büllingen.

Ebenfalls zu 60 % bezuschussen wollen wir mit dieser Anpassung  
Räumlichkeiten für die Jugend Herbesthal,  
die Erneuerung der Heizung in der Hubertushalle Lontzen,  
das Dach des Dorfsaales in Crombach,

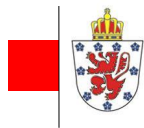


die Dachsanierung der Patronage in Kelmis,  
ein Projekt des FC Büllingen, ein Projekt des KFC Weywertz,  
die Renovierung der Sanitäranlagen der St Martinus Schützen in Meyerode,  
den Bau einer Turnhalle in Heppenbach,  
LED Beleuchtungen in der Sporthalle Raeren/Eynatten  
und Spielgeräte für die GS St.Vith.

Zu 80 % bezuschussen wollen wir u.a.

den Umbau des Hof Peters (Zuschuss 600.000 EUR),  
die Renovierung des Studiersaals der BS St.Vith,  
Türen und Fenster in der PDS,  
Energiesparmaßnahmen in der GS Reuland  
und die komplette Sanierung der Gemeindeschule in Recht.

Zu 100 % übernehmen wollen wir mit dieser Anpassung die Kosten  
für die Renovierung der Sportfläche unter der ehemaligen Planenhalle  
neben der GS Bütgenbach  
und Arbeiten an der Belüftungsanlage im Primarschulgebäude des KA St.Vith.



Außerdem werden zusätzliche Mittel bereitgestellt  
für wichtige Arbeiten an der Wesertalsperre, in Worriken, und im KUZ.

All diese Projekte,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
haben wir jetzt neu in den Infrastrukturplan 2016 aufgenommen.

Ich denke, Sie werden mir zustimmen:

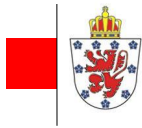
das sind sehr wichtige und konkrete Projekte,  
die den Menschen in unserer Gemeinschaft dienen.

Insgesamt enthält dieser Infrastrukturplan jetzt 150 Projekte  
für ein Zuschussvolumen von 32 Millionen EUR.

Der Registrierungskatalog – der angemeldete Infrastrukturbedarf also –  
konnte dadurch weiter abgebaut werden.

Er enthält jetzt nur noch 35 Projekte mit einem Zuschussbedarf von 14,4  
Millionen EUR.

Das ist der niedrigste Stand seit vielen Jahren. Das ist ein gutes Zeichen.



Wie schon vor 6 Monaten weise ich allerdings daraufhin,  
dass wegen der SEC2010-Normen  
die Einhaltung der vorgesehenen Fristen  
von allergrößter Bedeutung ist.

Ich habe das auch in der Bürgermeisterversammlung vor wenigen Tagen noch  
einmal betont.

Wir werden uns nicht erlauben können, Projekte nach hinten zu schieben.

Für etwaige Mehrkosten

- auch das möchte ich hervorheben -

wird es ebenfalls kaum Spielraum geben.

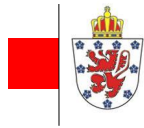
Eine weitere wichtige Entscheidung im Infrastrukturbereich

betrifft das neue PPP-Projekt,

mit dem wir vor allem Schulen in Kelmis und St.Vith sanieren,

einen neuen Ausbildungscampus für technische Ausbildungen in St.Vith  
errichten

und notwendige Investitionen, bspw. in Worriken, verwirklichen wollen.



Wir haben die hierfür in der Simulation eingetragenen Mittel von 70 auf 100 Millionen EUR erhöht.

Die Vorarbeiten kommen gut voran.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann der genaue Kostenbedarf aber natürlich noch nicht abgeschätzt werden.

Deshalb sage ich noch mal unmissverständlich :

wir legen uns nicht auf eine definitive Summe fest,

auch nicht auf diese 100 Millionen EUR,

solange der Kostenbedarf nicht präzise errechnet wurde.

Und das wird noch einige Zeit dauern,

weil wir den Bedarf ja im engen Dialog mit den Betroffenen eruieren wollen.

Wir setzen in diesem Projekt

- wie seinerzeit beim Schulbauprogramm hier in Eupen -

auf Dialog und Partizipation.





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

soviel zu den Anpassungen bei den laufenden Ausgaben und im  
Infrastrukturbereich.

Ich habe nicht vor, meine Redezeit von 60 Minuten auszuschöpfen.

Deshalb verweise ich für weitere Einzelheiten auf die schriftlich verteilten  
Unterlagen.

Das Ergebnis der Haushaltskontrolle ist trotz schwieriger Rahmenbedingungen  
beruhigend.

Das Resultat 2015 ist um 4 Millionen EUR besser als geplant.

Das Ergebnis 2016 verbessert sich ebenfalls.

Was aber bedeutet all das für unsere langfristige Finanzplanung?

Nun, der vorgezogene Indexsprung führt nicht nur 2016

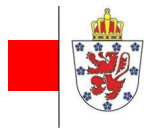
sondern auch in den Folgejahren zu Mehrkosten,

die nur zum Teil über die Inflation ausgeglichen werden.

Die Tatsache,

dass wir unsere Wachstumsprognosen für die ganze Legislaturperiode

deutlich nach unten korrigiert haben,



führt naturgemäß zu einer strukturellen Verschlechterung unserer Einnamenschätzungen.

Das vereinfacht uns die Aufgabe nicht.

Dennoch werden Sie der Simulation entnehmen können, dass wir sowohl 2016 als auch 2017 die im Konzertierungssauschuss festgehaltenen Defizitvorgaben einhalten.

Genau über diese im März 2015 für alle Gliedstaaten festgehaltenen Defizitvorgaben

ist in den letzten Tagen allerdings eine heftige Debatte entbrannt.

Der Hohe Finanzrat hat Mitte April in einem Gutachten empfohlen, diese Defizitvorgaben für alle Gliedstaaten abzuändern.

Hintergrund hierfür sind nicht zuletzt (mal wieder) die europäischen Buchhaltungsregeln und deren immer strenger werdende Auslegung durch Eurostat.



Eurostat macht sich Sorgen, dass Belgien das eigentliche Ziel, nämlich den Haushalt 2018 ins Gleichgewicht zu bringen, verfehlen könnte.

Das Ganze ist ziemlich technisch. Ich kann das gerne im Ausschuss detailliert erklären.

Fest steht aber, dass diese Empfehlungen für die Gliedstaaten unannehmbar sind.

Kollege Mockel hat eben in seiner Aktuelle Frage den Widerstand des flämischen Ministerpräsidenten gegen neue Defizitvorgaben angesprochen.

Ich kann Ihnen versichern, alle Gliedstaaten teilen seine Meinung; alle wehren sich dagegen.

Es kann nicht sein, dass man mitten im Spiel einfach die Regeln drastisch ändert.

MP Bourgeois schätzte die Auswirkungen für Flandern auf 1,7 Milliarden.

Für die DG würde diese sehr mechanisch errechnete Empfehlung dazu führen, dass wir unser nominales Defizit 2016 um 14,55 Millionen EUR und in 2017 um 19,65 Millionen EUR reduzieren müssten.

Das ist selbstverständlich völlig unmöglich und finanzpolitisch zudem auch noch unsinnig.



Das ist für uns ‚onbespreekbar‘.

Übrigens empfiehlt der Hohe Finanzrat der DG für 2019 wieder ein Defizit in Höhe von 1 Million. Auch das wollen wir nicht.

Wir wollen unseren Haushalt ab 2018 dauerhaft ins Gleichgewicht bringen

Deshalb habe ich im außerordentlichen Konzertierungsausschuss vom vergangenen Montag

sehr deutlich gesagt,

dass wir das nicht akzeptieren werden.

Ich habe gesagt,

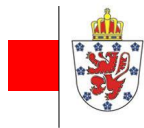
dass wir uns weiterhin zu einem ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2018 verpflichten;

dass wir auch den vor 1 Jahr festgehaltenen Haushaltspfad einhalten werden;

dass wir aber auf keinen Fall bereit sind,

die jetzt diskutierten Empfehlungen umzusetzen.

Das habe ich auch in der Haushaltsministerkonferenz vor einigen Tagen noch einmal bekräftigt.



Genauso wie die FG, die WR, die Region Brüssel und Flandern wehren wir uns dagegen,  
die Regeln während eines laufenden Spiels in dieser Form abzuändern.

Seit Tagen diskutieren alle Haushaltminister des Landes im Auftrag des Konzertierungsausschusses darüber.

Eigentlich sollte am Freitag eine Lösung gefunden werden. Dazu ist es nicht gekommen.

Am Wochenende haben wir noch einmal Zahlen ausgetauscht.

Bislang gibt es zwar aber keine Einigung;

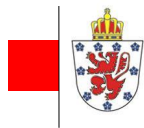
ich bin aber zuversichtlich,

dass wir – jedenfalls für die DG – auch dieses Problem lösen werden.

Wie gesagt, diese Diskussion betrifft die Jahre 2016 und 2017.

Es geht ausdrücklich nicht um 2018.

Die Vorgaben für 2018 sind glasklar.

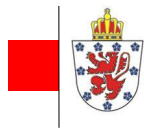


Sie werden der Simulation entnehmen können,  
dass wir an unserem Ziel festhalten,  
ab 2018 dauerhaft einen ausgeglichenen Haushalt  
nach den strengen Vorgaben des Hohen Finanzrates zu erzielen.

Und wir bleiben zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen werden.

Darüber hinaus finden Sie in der Simulation den unumstößlichen Beweis dafür,  
dass die in der letzten Haushaltsdebatte vorgetragene Befürchtung einiger  
Kollegen,  
die Schuld der DG werde bis 2038 ständig ansteigen,  
astronomische Ausmaße annehmen  
und ein vergiftetes Erbe hinterlassen,  
vollkommen unbegründet waren.

Diese Kollegen hatten sich bekanntlich vor einigen Monaten  
zu solch deftigen Verballattacken hinreißen lassen,  
weil sie eine Zeile in der Simulation (die kumulierte Unterfinanzierung) falsch  
interpretiert hatten.



Ich empfehle den Kollegen, sich diese Zeile in der Simulation heute noch mal anzuschauen.

Die Kollegen werden zugeben müssen, dass Sie sich damals geirrt haben.

Übrigens ist es in der Zwischenzeit auch gelungen,

die Zukunftsprojekte des REK,

die ich im Mai 2015 in einer Regierungserklärung hier vorgestellt hatte

- das sogenannte REK II -

integral gegenzufinanzieren.

Und das ist wichtig.

Im REK II geht es nämlich um wesentliche, spürbare Verbesserungen

in unseren Schulen, in der Kinderbetreuung,

in der Seniorenpflege, in der Jugendpolitik, im Tourismus,

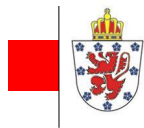
in der Gesundheitsvorsorge, in der Familienpolitik, in der Kultur,

in der Integration,

im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und gegen den Fachkräftemangel.

Wir haben für diese zentralen Vorhaben

bis 2019 immerhin knapp 27 Millionen EUR vorgesehen.



Kolleginnen und Kollegen,

ich fasse zusammen:

Die Haushaltskontrolle konnte zufriedenstellend abgeschlossen werden.

Bislang waren in dieser Legislaturperiode alle Haushaltsergebnisse besser als ursprünglich geplant. Der Haushalt ist also auch weiterhin im Lot.

Wir haben guten Grund,

an unserer umsichtigen Vorgehensweise festzuhalten,

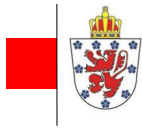
unsere Einnahmen vorsichtiger einzuschätzen als der Föderalstaat und die anderen Gliedstaaten.

Mit unserer finanzpolitischen Strategie sind wir ganz offenkundig auf dem richtigen Weg.

Auf dieser Grundlage können wir zuversichtlich an unserem Ziel festhalten, den Haushalt ab 2018 dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen.

In der Zwischenzeit sind wir trotz strenger Haushaltsdisziplin in der Lage, auf spezifische Bedürfnisse in unserer Gemeinschaft zu reagieren, neue Schwerpunkte festzulegen,





unser ehrgeiziges Regierungsprogramm zu finanzieren  
und wichtige Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Diese Haushaltsanpassung ist ein aussagekräftiger Beleg dafür.

Es gibt immer noch keinen Grund zur Euphorie.

Wir müssen weiter Maß halten und vorsichtig planen.

Wir müssen auch weiterhin sehr aufmerksam mögliche externe Einflüsse  
beobachten,

die wir nicht zu verantworten haben,

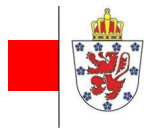
die unser Handeln aber beeinträchtigen können.

Wann immer das notwendig und möglich ist,

müssen wir bestrebt sein,

Schaden von der DG abzuwenden.

So wie das in der jetzigen Diskussion über den Haushaltspfad der Fall ist.



Kolleginnen und Kollegen,

wir investieren auch weiterhin mehr als  $\frac{3}{4}$  unseres Haushaltes in die Bereiche  
Bildung, Soziales und Beschäftigung.

Das sind aus unserer Sicht die richtigen Prioritäten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.